



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 23, No. 11-12/2008

**abgeschlossen am
18. Dezember 2008**

	<u>Seite</u>
1. Rettungspaket für US-Autohersteller im Senat blockiert	1
2. Congress vertagt Beratung eines zweiten Konjunkturförderprogramms	2
3. Streitkräfteausschuss im Senat macht hochrangige Mitglieder der Bush-Administration für aggressive Verhörmethoden verantwortlich	4
4. Präsidentschaftswahlen: Überzeugender Wahlsieg Obamas	5
5. Wahlen zum Repräsentantenhaus: Demokraten bauen Mehrheit aus	8
6. Wahlen zum Senat: Starke Zugewinne der Demokraten	9
7. Gouverneurswahlen: Parteien verteidigen Positionen	12

1. Rettungspaket für US-Autohersteller im Senat blockiert

Das zwischen den demokratischen Parteiführungen des Congress und Vertretern der Bush-Administration ausgehandelte Rettungspaket für die von einer schweren Absatzkrise betroffene Autoindustrie, das Überbrückungskredite in Höhe von 14 Mrd. USD zur Verfügung stellen sollte, ist Anfang Dezember 2008 am Widerstand der republikanischen Senatsfraktion gescheitert.

Das Repräsentantenhaus hatte die Gesetzesvorlage, die Regierungskredite an die drei großen Autohersteller Chrysler, General Motors (GM) und Ford vorsah, am 10. Dezember in einer parteipolitisch scharf polarisierten Abstimmung mit 237 gegen 170 Stimmen angenommen.

Im Senat scheiterte jedoch der Versuch einer Beendigung der Debatte über die Vorlage mit 52 gegen 35 Stimmen, wobei sich 10 Republikaner der demokratischen Mehrheit anschlossen. Zur Abwendung eines *Filibuster* durch unbefristete Fortsetzung der Debatte sind gemäß der Geschäftsordnung des Senats 60 der 100 Stimmen notwendig.

Die Autohersteller, die im Sog der Krise der Finanzmärkte mit dramatischen Einbrüchen im Verkauf zu kämpfen haben, benötigen für die kommenden Monate insgesamt 35 Mrd. USD zur Liquiditätssicherung, können allerdings kaum auf Bankkredite hoffen. Ford benötigt nach eigenen Darstellungen nur einen „Stand-by-Kredit“. Chrysler und GM sind ohne Regierungshilfe jedoch akut von der Zahlungsunfähigkeit bedroht.

Sollte auch nur einer der Autogiganten Bankrott gehen, droht den anderen beiden jedoch über den Umweg der Teilezulieferer ebenfalls der Konkurs. Nach Schätzungen hängen bis zu 10 Prozent aller Arbeitsplätze direkt oder indirekt an der Autoindustrie.

Die konservativen Republikaner verweigerten sich einem Kompromiss unter Verweis auf die überhöhten Arbeitskosten in der gewerkschaftlich stark organisierten Autoindustrie. Direkte Verhandlungen zwischen Vertretern des Congress, Repräsentanten der Hersteller und der Gewerkschaften konnten keine Übereinkunft erzielen.

Die Kritik an den staatlichen Rettungsmaßnahmen reicht aber weit über die Reihen der Republikaner hinaus. Dem Management von Chrysler, GM und Ford wird insbesondere vorgehalten, dass es kein zukunftsfähiges Geschäftsmodell gibt, das hohe Energiepreise und Umweltschutzbelange in Rechnung stellt.

Entsprechend haben die US-Hersteller, die mit großen Wagen wie SUVs (*Sport Utility Vehicle*) und *Mini-Vans* bis vor kurzem ausreichende Gewinne erwirtschafteten, in dem wachstumsträchtigen Markt kleinerer, energieeffizienter Personenwagen zusehends Marktanteile an ausländische Hersteller verloren.

Die Demokraten und die Gewerkschaften, die betonen, dass die Löhne kaum 10 Prozent der Kosten ausmachen und die rechnerisch überhöhten Stundensätze durch Leis-

tungen an frühere Arbeitnehmer im Ruhestand bedingt sind, halten eine Abwendung der drohenden Konkurse dagegen aus gesamtwirtschaftlichen Gründen für geboten.

Die Bush-Administration und President-elect Barack Obama haben sich dieser Auffassung angeschlossen, ungeachtet der bestehenden Differenzen bei den Strategien zur Lösung des Problems.

Die Bush-Administration erwägt Mittel aus dem Troubled Asset Relief Program (TARP), dem 700 Mrd. USD schweren Kreditprogramm, das der Congress Anfang Oktober zur Stabilisierung der Kapitalmärkte verabschiedet hat (vgl. CR 9-10/2008, S. 1), zur Verfügung zu stellen.

Vor allem demokratische Kritiker der Administration hatten eine solche unter dem weit gefassten Gesetz mögliche Finanzhilfe an die Autohersteller ohnehin seit mehreren Wochen gefordert.

Für alle Fälle arbeiten die Parteiführungen der Demokraten an einem Notprogramm, das einen Kreditrahmen von 8 Mrd. USD vorsieht, dessen Erfolgchancen aber offen sind.

Chrysler, GM und Ford haben unterdessen angekündigt, dass sie die geplanten Produktionspausen über Weihnachten und Neujahr auf einen Monat ausdehnen werden, um Kosten einzusparen.

Während der politische Wille zur Abwendung eines unkontrollierten Konkurses der US-Autohersteller, der die bereits jetzt stark angeschlagene Wirtschaft schwer treffen würde, sichtlich gegeben ist, bleibt der Ausgang des politischen Pokers um einen Kompromiss (und damit zumindest der kurzfristige Ausweg aus der Krise) ungewiss.

2. Congress vertagt Beratung eines zweiten Konjunkturförderprogramms

Die demokratische Parteiführung hat Mitte November 2008 ihre Pläne, noch in der laufenden Legislaturperiode (*lame duck session*) ein zweites Konjunkturförderprogramm zu verabschieden, angesichts der Widerstands der Republikaner und der Bush-Administration aufgegeben.

Das avisierte Förderprogramm mit einem Finanzvolumen von 150 Mrd. bis 300 Mrd. USD (vgl. CR 9-10/2008, S. 3) wird von den Republikanern als „Waschzettel-Liste“ fragwürdiger demokratischer Projekte kritisiert, die die Staatsverschuldung dramatisch in die Höhe treiben, ohne die Wirtschaft nachhaltig zu stimulieren.

Die republikanischen Fraktionen im Congress und die Administration favorisieren weitere Steuersenkungen, die die Entscheidung über die Ausgaben den Konsumenten überlässt und damit marktkonform ausgestaltet ist.

Die Demokraten setzen dagegen auf ein unmittelbar wirksames Programm. Es konzentriert sich auf die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und umgeht so das häufig zu beobachtende Problem, dass private Haushalte Steuersenkungen in Rezessionsphasen zu einem erheblichen Teil für erhöhtes Sparen oder den Abbau von Schulden nutzen.

Im Einzelnen sehen die demokratischen Vorschläge vor,

- schnell umsetzbare Infrastrukturprojekte der Einzelstaaten und Kommunen, die angesichts sinkender Steuereinnahmen auf Eis gelegt worden sind, zu finanzieren;
- durch Erhöhungen der Zuschüsse an die Einzelstaaten über das gemeinsam getragene *Medicaid*-Programm, der Krankenversicherung für einkommensschwache Familien, drastische Ausgabenkürzungen abzuwenden;
- das *Food Stamp Program*, das Lebensmittelgutscheine für einkommensschwache Familien vergibt, zu fördern;
- die Bezugsdauer für die Arbeitslosenversicherung, die gesetzlich auf 26 Wochen beschränkt ist, erneut zu verlängern.

Schon in den Verhandlungen um das erste Konjunkturgesetz Anfang des Jahres (vgl. CR 2-3/2008, S. 1) hatten die Demokraten fast vollständig auf ihre Forderungen verzichten müssen und sich im Kompromiss mit den Republikanern auf ein Steuersenkungsprogramm geeinigt, das auf die unteren und mittleren Einkommensgruppen zugeschnitten ist.

Wie im Frühjahr ließ sich auch jetzt nur eine Einigung über die weitere siebenwöchige Verlängerung der Arbeitslosenhilfe (13 Wochen in Staaten mit einer Arbeitslosenquote von über 6 Prozent) erreichen, die in der zweiten Novemberhälfte vom Senat nahezu einstimmig angenommen worden ist.

Das Repräsentantenhaus hatte bereits Anfang Oktober (vgl. CR 9-10/2008, S. 4) eine entsprechende Vorlage verabschiedet. Präsident Bush unterzeichnete das Gesetz Ende November.

Für die verbleibenden demokratischen Forderungen zur Konjunkturstimulierung bietet der bereits gewählte, aber erst Anfang nächsten Jahres zusammentretende 111. Congress mit gestärkten Mehrheiten in beiden Kammern (siehe Punkt 5 und Punkt 6) und einer demokratischen Administration erheblich bessere Aussichten der Umsetzung.

President-elect Barack Obama und sein Transition Team haben bereits zu erkennen gegeben, dass sie ein Konjunkturprogramm diesen Zuschnitts mit einem Ausgabenvolumen von bis zu 600 Mrd. USD unterstützen wollen.

Die bisherigen Vorschläge sollen nach den Vorstellungen Obamas um Umweltschutz- und Energieeinsparungsprojekte erweitert werden. Zudem sollen die Investitionen in eine langfristige Strategie zur Sanierung und zum Ausbau der nationalen Infrastruktur eingebunden werden.

3. Streitkräfteausschuss im Senat macht hochrangige Mitglieder der Bush-Administration für aggressive Verhörmethoden verantwortlich

Das *Senate Armed Services Committee* hat Anfang Dezember 2008 einen Bericht vorgelegt, der hochrangigen Mitgliedern der Bush-Administration wie dem früheren Verteidigungsminister Donald Rumsfeld vorwirft, unmittelbar für den Einsatz aggressiver Verhörmethoden gegen El Kaida- oder Taliban-Gefangene verantwortlich zu sein. Sowohl in *Abu Ghraib* (vgl. CR 5/2004, S.1) als auch in *Guantanamo* (vgl. CR 11-12/2007, S. 3) war es in diesem Zusammenhang zu eklatanten Verstößen gegen das humanitäre Kriegsvölkerrecht gekommen.

Die Bush-Administration hatte den Einsatz von aggressiven Verhörmethoden wie „sleep deprivation, death threats, and waterboarding“ als Taten einzelner, fehlgeleiteter Soldaten abgetan.

Der Bericht des Streitkräfteausschusses im Senat, dem neben 13 Demokraten auch 12 Republikaner zugestimmt haben, trägt den Titel: „Senate Armed Services Committee Inquiry into the Treatment of Detainees in U.S. Custody“. Sein *Executive Summary* kann unter <http://levin.senate.gov/newsroom/supporting/2008/Detainees.121108.pdf> abgerufen werden.

Darin kommt der Streitkräfteausschuss zu dem Schluss, dass

- hochrangige Mitglieder der Bush-Administration aktiv an der Formulierung der Verhörpraktiken beteiligt waren. So nahmen in den Jahren 2002 und 2003 Kabinettsmitglieder und andere hochrangige „senior officials“ an Treffen teil, bei denen der Einsatz aggressiver Verhörmethoden im Detail erörtert wurde (*Conclusion 2*, xxvi).

Entsprechend könne die Anwendung der Folter nicht auf die Taten einiger weniger „bad apples“ reduziert werden, die außerhalb der Kommandokette gehandelt hätten. Stattdessen stellt der Streitkräfteausschuss fest: „The fact is that senior officials in the United States government solicited information on how to use aggressive techniques, redefined the law to create the appearance of their legality, and authorized their use against detainees.“

Gemeint ist der Einsatz aggressiver Verhörmethoden wie „exploitation of detainee fears (such as fear of dogs), removal of clothing, hooding, deprivation of light and sound, and so-called wet towel treatment“ gegen *Detainees* in Afghanistan, in Irak und in *Guantanamo*.

Sie gehen nach Ansicht des Streitkräfteausschusses auf eine Weisung des früheren Verteidigungsministers Donald Rumsfeld vom 2. Dezember 2002 zurück (*Conclusion 19*), was zu einer „Erosion der Standards“ im Umgang mit Kombattanten und Kriegsgefangenen in Afghanistan, im Irak und in *Guantanamo* führte.

Dem früheren Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen im Irak, Generalleutnant Ricardo Sanchez, wirft der Streitkräfteausschuss vor, mit seinen Richtlinien zur Verhörpolitik vom 14. September 2003 direkt für die Misshandlung von Gefangenen verantwortlich gewesen zu sein (*Conclusion 17*).

Mit Blick auf die moralischen Standards zitiert der Ausschuss General Petraeus mit folgender Aussage. „What sets us apart from our enemies in this fight ... is how we behave. In everything we do, we must observe the standards and values that dictate that we treat noncombatants and detainees with dignity and respect. While we are warriors, we are also human beings.“

Verteidigungsminister Robert Gates, der nach der Amtseinführung von Präsident Barack Obama auch dessen Kabinett angehören wird, hat das Pentagon im Dezember angewiesen, konkrete Pläne zur Schließung von *Guantanamo* auszuarbeiten.

4. Präsidentschaftswahlen: Überzeugender Wahlsieg Obamas

Der demokratische Präsidentschaftskandidat, Senator Barack Obama (D-Illinois), hat sich in den Wahlen Anfang November 2008 mit einem deutlichen Stimmenvorsprung gegen seinen republikanischen Konkurrenten, Senator John McCain (R-Arizona), durchgesetzt.

Nach dem vorläufigen Endergebnis erhielt Obama knapp 53 Prozent (66,9 Millionen) der abgegebenen Stimmen, McCain dagegen nur ca. 46 Prozent (58,9 Millionen).

Obama siegte in 28 der 50 Bundesstaaten sowie dem *District of Columbia* (Washington, D.C.) und gewann damit 365 der insgesamt 538 Wahldeputiertenstimmen in dem verfassungstechnisch entscheidenden *Electoral College*. McCain gewann 22 Bundesstaaten und 173 Elektorenstimmen.

Barack Obamas Wahlsieg kann in mehrfacher Hinsicht als historisch weichenstellend charakterisiert werden.

Als erster schwarzer US-Amerikaner im Präsidentenamt hat Obama, wie die nationalen und internationalen Medien zu Recht immer wieder betont haben, den langfristig durchgreifenden Wandel der Einstellungen der großen Mehrzahl der Amerikaner in rassistisch-ethnischen Fragen demonstriert.

Darüber hinaus zieht Obamas fulminanter Erfolg im Zusammenspiel mit den ebenfalls klaren demokratischen Mehrheiten im Congress (siehe Punkt 5 und Punkt 6) einen unerwartet klaren Schlussstrich unter die Ära George W. Bush und der konservativen Dominanz, die – unter den Vorzeichen der Terroranschläge vom 11. September 2001 – eine hochkontroverse, spannungsgeladene Phase der Politik nach innen wie außen zur Folge hatte.

Schließlich ist Obama der erste demokratische Präsidentschaftskandidat seit Jimmy Carter (Ga., 1976), der in den Wahlen eine absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte, und der erste seit Lyndon B. Johnson, der dies mit einem substantiellen Vorsprung vor seinem Opponenten erreichte. Dies deutet zumindest die Möglichkeit einer tiefgreifenden Veränderung der politischen Dynamik auf Bundesebene an.

Die Grundlage des in dieser Form unerwarteten Erfolgs Obamas bildet vor allem die überraschende Zuspitzung der Finanzkrise im September, die relativ schnell das Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden Kandidaten zugunsten der Demokraten wendete.

Obamas charismatisch vorgetragene Forderung nach einem Politikwechsel, der die sozialen und ökonomischen Interessen der unteren und mittleren Einkommensgruppen in den Vordergrund rückte, hatte vor dem Hintergrund des Wirtschaftsdebakels eine ungleich höhere Attraktivität als die sicherheitspolitisch orientierte und auf die Fortschreibung von Bushs Politik der Steuersenkungen primär für die oberen Einkommensgruppen setzende Kampagne McCains.

Mit Blick auf die soziale Zusammensetzung der Wählerkoalitionen zeigen die verfügbaren Befragungen ein weitgehend konventionelles Bild, wobei Obama jedoch in fast allen Teilgruppen gegenüber seinen Vorgängern zulegen konnte.

Bestimmend für die demokratische Koalition bleiben die unteren Einkommensgruppen, die rassistisch-ethnische Minderheiten (*African-Americans, Hispanics, Asian Americans, Jewish Americans*), die Jungwähler, (nicht-weiße/unverheiratete) Frauen, säkular orientierte Wähler, und die großstädtischen Zentren an der Westküste wie im Nordosten der USA.

Die Republikaner bauen unverändert stark auf die breit gefasste weiße Mittel- und Oberschicht, verheiratete Paare mittleren Alters, religiös orientierte Wähler (insbesondere protestantisch-evangelistische Glaubensgruppen), ländlich-kleinstädtische Gebiete sowie die Südstaaten und westliche Regionen (*Mountain States/Great Plains*).

Bemerkenswert ist zunächst der hohe Zuspruch Obamas unter den Minderheitengruppen. Mit über 95 Prozent Anteil unter schwarzen Amerikanern überbot Obama den bisherigen Rekordwert Bill Clintons von 1996 noch um mehrere Punkte. Der relativ hohe Mobilisierungsgrad dieser Bevölkerungsgruppe trug erheblich zu seinem Erfolg bei.

Deutlich legte Obama mit Anteilen von über 60 Prozent bei (vor allem jungen) *Latinos* und *Asian Americans* zu. Gerade bei diesen Gruppen hatte Präsident Bush 2004 eine vergleichsweise hohe Zustimmung erreicht.

Wie schon den in Vorjahren dominierten die Demokraten mit knapp über 60 Prozent unter den jüngsten Wählern (18 bis 29 Jahre). In den mittleren Altersgruppen gewann Obama leicht hinzu und konnte mit McCain gleichziehen. McCain gewann demgegenüber eine Mehrheit der ältesten Wählergruppen.

Herauszustreichen ist schließlich der Stimmenzuwachs für Obama in den obersten Einkommens- (über 200.000 USD Jahreseinkommen) und Bildungsgruppen (*Postgraduate Degree*), die sich mit deutlichen Mehrheiten für den demokratischen Kandidaten aussprachen (ca. 52 Prozent bzw. 58 Prozent).

Wähler mit klarer parteipolitischer Präferenz unterstützten wie in den Vorjahren mit Anteilen von über 90 Prozent ihren jeweiligen Kandidaten, während parteiunabhängige Wähler sich nahezu gleich häufig für McCain bzw. für Obama entschieden. Zugunsten von Obama wirkte in dieser Hinsicht, dass der Anteil der demokratischen Parteianhänger seit 2004 auf knapp 40 Prozent angewachsen ist, während der der republikanischen Parteianhänger auf knapp 30 Prozent gesunken ist.

Die breit gestreuten Stimmenzuwächse erlaubten es Obama nicht nur die entscheidenden *Battleground States* im Mittelwesten, der Region der Atlantikküste und des Westens (insbesondere Michigan, Ohio, Pennsylvania, Nevada, New Mexico) zu gewinnen, sondern auch im Randgürtel der historischen Südstaaten (*Rim South/Virginia*, Florida) beachtliche Erfolge zu verbuchen.

Gemessen an den vielfach gehegten Erwartungen fiel insgesamt jedoch der Zuwachs der Wahlbeteiligung von 60 Prozent (2004) auf 61,5 Prozent (2008) der wahlberechtigten Bürger vergleichsweise bescheiden aus.

Angesichts der breiten Mehrheit Obamas sowie der hohen Zugewinne der Demokraten im Senat, begünstigt durch die große Zahl der zur Wahl stehenden republikanischen Sitze, und der soliden Mehrheit im Repräsentantenhaus, sind wie nach Clintons Sieg 1992 Spekulationen über ein *Realignment*, eine dauerhafte Verschiebung der Wählerpräferenzen, die den Demokraten längerfristig eine strukturelle Mehrheit sichert, aufgekeimt.

Der Verlauf des Wahlkampfes zeigt jedoch, dass Obamas großer Erfolg in weiten Teilen dem kurzfristigen Einfluss einer akuten Finanzkrise geschuldet ist, der, wie die Erfahrungen der Republikaner mit der Sicherheitspolitik nach den Terroranschlägen von 2001 deutlich gemacht haben, nicht automatisch in einen längerfristigen Vorteil umgemünzt werden kann.

Darüber hinaus deuten die Ergebnisse der Wahlen auf den verschiedenen Ebenen an, dass es keine dramatischen Veränderungen in der Zusammensetzung der Gruppenko-

litionen der beiden Parteien gegeben hat und dem demokratischen Triumph vor allem mit Blick auf die Wahlen in den Einzelstaaten (siehe Punkt 7) die gesellschaftliche Tiefe fehlt.

Dennoch kann Obamas überzeugender Wahlsieg als Mandat gewertet werden, die politische Federführung in der Bewältigung der enormen wirtschaftlichen Probleme und ihrer sozialen Folgen zu übernehmen und dem Staat dabei eine aktiv gestaltende Rolle zuzuweisen.

Dies bietet für Obamas Programm, vom breiten Infrastrukturausbau über die Reform des Gesundheitssystems und Intensivierung der Bildungsförderung bis hin zu Umweltschutz und Investitionen in „grüne“ Technologien, vergleichsweise günstige Voraussetzungen. Nicht anzunehmen ist jedoch, dass der Wählerzuspruch einen Blankoscheck für jedwede Form von politischem Aktivismus darstellt.

5. Wahlen zum Repräsentantenhaus: Demokraten bauen Mehrheit aus

Im Repräsentantenhaus haben die Demokraten in den Novemberwahlen 2008 nochmals 21 Sitze dazu gewinnen können, nachdem sie in den Wahlen 2006 die Mehrheit der Republikaner nach 12 Jahren brechen und den Republikanern 30 Sitze abnehmen konnten (vgl. CR 11-12/2006, S. 9).

Befördert wurden die Zugewinne durch die große Unzufriedenheit weiter Teile der amerikanischen Gesellschaft mit der Amtsführung Präsident George W. Bushs und der republikanischen Partei im allgemeinen, die für die tiefe außen-, finanz- und wirtschaftspolitische Krise verantwortlich gemacht werden, in der sich die USA derzeit befinden. Sie führte zu einer hohen Mobilisierung demokratischer Wählerschichten in den Präsidentschaftswahlen (vgl. Punkt 4), von der die Demokraten in den Wahlkämpfen für das Repräsentantenhaus in fast allen Regionen des Landes profitierten.

Sitzverteilung im Repräsentantenhaus (Stand: Mitte Dezember 2008)		
	110. Congress	111. Congress*
Demokraten	235	256
Republikaner	199	178
vakant	1	

* Das Ergebnis eines Wahldistrikts ist auf Grund eines „recount process“ noch offen.

Dabei gelang es dem *Democratic Congressional Campaign Committee* (DCCC) auch in der Spendeneinwerbung das *National Republican Congressional Committee* (NRCC) deutlich zu überflügeln. So verfügten die Demokraten im September mit Blick auf den Wahlkampf für das Repräsentantenhaus über fast viermal so hohe Mittel wie die Republikaner. Darüber hinaus kam hinzu, dass die Republikaner im Wahljahr 2008 wesentlich mehr „open seats“ zu verteidigen hatten als die Demokraten, weil 30 republikanische Amtsinhaber auf eine Kandidatur für eine Wiederwahl verzichteten.

Die Demokraten waren mit einer Mehrheit von 235 Sitzen in die Wahlen gegangen, wobei ein nicht besetzter Wahldistrikt in Ohio ebenfalls als von der demokratischen Partei dominiert galt. Die Republikaner verfügten nach ihrer erdrutschartigen Niederlage in den Zwischenwahlen 2006 nur noch über 199 Sitze im Repräsentantenhaus und hatten sich im Vorfeld bereits auf weitere Verluste eingestellt. „Offensichtlich hat der Präsident niedrige Zustimmungsraten und wir haben eine schwierige Wirtschaftslage, einen unpopulären Krieg und eine Finanzmarktkrise“, so Tom Cole (R-Oklahoma) vom NRCC. In den Zwischenwahlen 2010, so Coles Hoffnung, werde sich die Ausgangslage für die Republikaner im Repräsentantenhaus politisch deutlich verbessern.

Der Demokrat Chris Van Hollen (Maryland), Vorsitzender des DCCC, sieht das freilich ganz anders und streicht die Zugewinne der Demokraten von 51 Sitzen in den letzten *beiden* Wahlen zum Repräsentantenhaus heraus. Das sieht auch *Madam Speaker* Nanci Pelosi (D-California) so, die sich „sehr erfreut“ über das Wahlergebnis im Repräsentantenhaus zeigte und herausstrich, dass es auf Grund der verbesserten Mehrheitsverhältnisse für die Demokraten besser möglich sei, eng mit dem neuen Präsidenten zusammenzuarbeiten.

6. Wahlen zum Senat: Starke Zugewinne der Demokraten

Die Demokraten haben ihre derzeitige hauchdünne Mehrheit von 51 Sitzen, die sie der Unterstützung von zwei unabhängigen Senatoren, Joseph I. Lieberman (Connecticut) und Bernhard Sanders (Vermont) verdanken, um sieben Sitze ausbauen können, so dass sie im 111. Congress über die komfortable Mehrheit von 58 Sitzen verfügen werden. Das ist die komfortabelste Mehrheit der Demokraten im Senat seit dem Jahr 1992, als Bill Clinton in das Weiße Haus gewählt wurde.

Ein Senatsitz in Minnesota, wo der republikanische Amtsinhaber Norm Coleman dem demokratischen Herausforderer Al Franken gegenüberstand, musste aufgrund des knappen Wahlergebnisses neu ausgezählt werden. Hier führte am 17. Dezember im Rahmen des *Recount* der Republikaner Coleman mit 317 Stimmen bei 1.209107 für ihn ausgezählten Stimmen gegenüber dem Demokraten Franken (1.208700 Stimmen). Damit würden die Republikaner im 111. Congress im Senat über 42 Sitze verfügen.

Unabhängig vom faktischen Ausgang der Senatswahl in Minnesota ist es den Demokraten trotz ihrer starken Zugewinne jedoch nicht gelungen, eine Dreifünftelmehrheit

der Sitze im Senat zu gewinnen. Eine solche Mehrheit von 60 Stimmen ist nach der Geschäftsordnung des Senats erforderlich, um die Blockade einer Gesetzesinitiative durch die Minderheitsfraktion mittels *Filibuster* zu brechen.

Sitzverteilung im Senat (Stand: Mitte Dezember 2008)		
	110. Congress	111. Congress*
Demokraten	49	56
Republikaner	49	41
Unabhängige	2*	2**

* Im Bundesstaat Minnesota, in dem sich in den Novemberwahlen der Republikaner Norm Coleman und der Demokrat Al Franken gegenüberstanden, läuft noch ein automatischer „recount process“, da Coleman nach der Wahl am 4. November 2008 nur über eine hauchdünne Mehrheit von 206 Stimmen gegenüber Franken verfügte.

** Die parteiunabhängigen Senatoren Joe Lieberman (Connecticut) und Bernie Sanders (Vermont) verstehen sich geschäftsordnungstechnisch als Mitglieder der demokratischen Fraktion.

Die republikanische Fraktion im Senat des 111. Congress ist damit also durchaus in der Lage, die Gesetzesinitiativen der demokratischen Mehrheitsfraktion – und des neuen Präsidenten Barack Obama – zu blockieren. Die Handlungsspielräume des 44. Präsidenten der USA werden damit perspektivisch eingeschränkt, sollte es ihm im Wege zeitraubender individueller, den Kompromiss suchenden Kooperationsangebote nicht gelingen, einzelne Mitglieder der republikanischen Minderheitsfraktion im Senat von seinen Initiativen zu überzeugen.

Das ändert nichts daran, dass die Republikaner im Senat im Zuge der Niederlage John McCains und der damit verbundenen Unzufriedenheit der Wähler mit der Amtführung George W. Bushs eine empfindliche politische Niederlage hinnehmen mussten. So verloren vier republikanische Amtsinhaber ihre Senatssitze und zwar Elisabeth Dole (North Carolina), Ted Stevens (Alaska), Gordon H. Smith (Oregon) und John Sununu (New Hampshire). Gleichzeitig konnten sich die Demokraten in den drei Bundesstaaten Colorado, New Mexico und Virginia durchsetzen, wo die Republikaner sich nach dem Ausscheiden der Amtsinhaber („open seats“) sichere Wahlchancen ausgerechnet hatten. Zudem gelang es den Republikanern nicht, die demokratische Amtsinhaberin in Louisiana, Mary L. Landrieu, zu schlagen, die als politisch verwundbar galt.

Dabei spielte die allgemeine nationale Unzufriedenheit mit der Amtführung George W. Bushs eine entscheidende Rolle, und insbesondere die internationale Finanzmarktkrise (vgl. CR 9-10/2008, S. 10 und Punkt 4) beförderte die Wahlchancen der Demokraten. Die Republikaner befanden sich auch deshalb in einer schwierigeren politischen Ausgangssituation als die Demokraten, weil von den 35 in den Novemberwahlen zur Disposition stehenden Senatssitzen 23 durch die Republikaner, aber nur 12 durch die Demokraten gehalten wurden. Hinzu kam, dass es dem *Democratic Senato-*

rial Campaign Committee (DSCC) gelungen war, mehr Wahlkampfspenden einzuwerben als den Republikanern. Während das *National Republican Senatorial Committee* bis zum 15. Oktober 2008 die Summe von 78 Mio. USD einwerben konnte, lagen die Wahlkampfspenden des DSCC bei 122 Mio. USD.

In Alaska setzte sich der Demokrat Mark Begich knapp gegen den republikanischen Amtsinhaber Ted Stevens durch, der in einen Korruptionsskandal verwickelt ist und am 27. Oktober 2008, also nur wenige Tage vor den Wahlen, in sieben Fällen schuldig gesprochen wurde. Begich gewann mit 150.728 Stimmen gegenüber 147.007 Stimmen für Stevens. Begich, der bisher das Amt des Bürgermeisters von Anchorage innehatte, kandidierte als Fiskalkonservativer und sprach sich für die Erschließung der Energie-reserven des *Arctic National Wildlife Refuge* aus.

Für Colorado zieht der Demokrat Mark Udall neu in den Senat ein, der sich mit neun Prozentpunkten gegen seinen republikanischen Mitbewerber Bob Schaffer durchsetzte, nachdem der republikanische Amtsinhaber Wayne Allard nach zwei Amtsperioden aus Altersgründen nicht mehr für eine Wiederwahl angetreten war. Udall, ein ehemaliges Mitglied des Repräsentantenhauses, ist der Sohn des in Colorado sehr populären früheren Präsidentsbewerbers und *Congressman* Morris K. Udall.

In New Mexico übernimmt der Demokrat Tom Udall den Senatssitz des Republikaners Pete V. Domenici, der sich nach 36 Dienstjahren nicht um eine Wiederwahl bemühte. Udall setzte sich mit 22 Prozentpunkten klar gegen den republikanischen Mitbewerber Steve Pearce durch, der bisher für New Mexico im Repräsentantenhaus saß.

In North Carolina zieht die Demokratin Kay Hagan in den Senat ein, die sich mit 53 zu 43 Prozent der abgegebenen Stimmen überraschend klar gegen die republikanische Amtsinhaberin Elisabeth Dole durchsetzte. Hagan kam dabei sicher zugute, dass es Barack Obama als dem ersten demokratischen Präsidentschaftskandidaten seit Jimmy Carter 1976 gelungen war, diesen Bundesstaat für sich zu entscheiden.

In New Hampshire zieht die frühere Gouverneurin Jeanne Shaheen für die Demokraten in den Senat ein, die sich gegen den republikanischen Amtsinhaber John E. Sununu durchsetzte. Dabei half es dem Amtshinhaber Sununu nicht, dass er versuchte, sich von Präsident Bush, der republikanischen Partei und ihren programmatischen Aussagen im Wahlkampf unmissverständlich abzusetzen.

In Oregon zieht Jeff Merkley für die Demokraten in den Senat ein, der sich sehr knapp gegen den republikanischen Amtsinhaber Gordon H. Smith durchsetzen konnte. Merkley, der *Speaker* des *Oregon State House of Representatives*, hatte seinen Wahlkampf ganz in das Zeichen des von Barack Obama propagierten Themas „gesellschaftlicher Wandel“ gestellt.

Für Virginia zieht der Demokrat Mark Warner neu in den Senat des 111. Congress ein. Er setzte sich gegen James S. Gilmore III. mit einem Vorsprung von 31 Prozentpunkten durch, den die Republikaner für die Nachfolge von John W. Warner nominiert hat-

ten, der aus Altersgründen ausgeschieden war. Auch hier kam dem demokratischen Kandidaten zugute, dass es Barack Obama als dem ersten demokratischen Präsidentschaftskandidaten seit 1964 gelang, diesen Bundesstaat für sich zu entscheiden.

7. Gouverneurswahlen: Parteien verteidigen Positionen

Während die Finanz- und Wirtschaftskrise in den Präsidentschafts- und Congress-Wahlen (siehe Punkt 4 und Punkt 5) mehr als deutliche Spuren hinterlassen hat, blieben die Einzelstaaten von politischen Konsequenzen weitgehend verschont.

Im November 2008 standen in insgesamt 11 Staaten Gouverneursposten parallel zum Bundesentscheid zur Wahl (Delaware, Indiana, Missouri, Montana, New Hampshire, North Carolina, North Dakota, Utah, Vermont, Washington und West Virginia).

Keiner der zur Wiederwahl antretenden Gouverneure (incumbents) – jeweils 4 Demokraten und 4 Republikaner – verlor sein Amt. Die drei „offenen Sitze“ ohne amtierenden Kandidaten gewannen die Demokraten. Zwei davon hatten sie allerdings zuvor kontrolliert, sodass sich ein Nettozugewinn von einem Sitz ergibt.

Damit besetzen die Demokraten nun insgesamt 29 der 50 Gouverneurspositionen, die Republikaner 21. Die Republikaner hatten noch 2002 die Mehrheit der Gouverneure gestellt, aber in den Wahlen 2006 zahlreiche Positionen verloren.

2008 verteidigten beide Parteien dagegen weitgehend ihr Territorium. Der Zugewinn der Demokraten ist bemerkenswerterweise dem klaren Sieg Jay Nixons über seinen unterfinanzierten republikanischen Gegenkandidaten Kenny Hulshof mit 58 Prozent der Stimmen gegen 40 Prozent zu verdanken.

Barack Obama verlor Missouri mit 49 Prozent knapp an McCain, der einen Stimmenteil von 50 Prozent erreichte.

Von Obamas *Appeal* und seiner Organisation profitieren konnte allerdings augenscheinlich *Lieutenant Governor* Beverly Perdue, die sich in North Carolina gegen einen kompetitiven republikanischen Opponenten, Ferrell Guillroy, mit 50 gegen 47 Prozent durchsetzte.

Ein ähnlich stabiles Bild deuten die Wahlen zu den Legislativen der Einzelstaaten an. Die Demokraten gewannen neue Mehrheiten in fünf Kammern der Einzelstaaten, die Republikaner in vier Kammern, sodass sich wiederum ein Nettozugewinn einer zusätzlichen Mehrheit in einem der Staaten ergibt.

Herauszustreichen ist, dass die Demokraten vor allem im Nordosten ihre Positionen ausbauen, während die Republikaner im historischen Süden Boden gut machten.

Nach Referenden in den Einzelstaaten wurden Verbote gleichgeschlechtlicher Ehen in Arizona, Florida und Kalifornien eingeführt, in denen sie 2008 zur Abstimmung standen. Dagegen scheiterte ein Versuch in Colorado, befruchteten Eizellen den rechtlichen Status einer Person (*personhood*) zuzuschreiben.

In North Dakota und Massachusetts schlugen Versuche fehl, Steuersenkungen über den Weg eines Referendums zu senken. In Colorado verwehrten demgegenüber die Wähler einer Steuererhöhung via Referendum die Zustimmung.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report